

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Erich-Dücker). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 41.

Berlin, Sonnabend, 25. Mai 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

XVI. Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). — Ein Rundschreiben des sozialdemokratischen Bundesrats. — Ein neues Gesetz, betreffend die Vermittlung bei Arbeitsvertragsstreitigkeiten. — Allgemeine Rundschau. — Verband-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

XVI. Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (S. D.).

II.

Wir haben unserem Bericht in voriger Nummer nachzutragen, daß an der Eröffnungsfest auch die Frau unseres verstorbenen Anwalts Dr. Max Hirsch teilnahm und vom Vorlesenden begrüßt wurde. Als Schriftführer des Verbandstages fungierten Frau-Först i. L. und Geyer-Nowawes.

Zahlreiche Glückwünsche für einen guten Verlauf der Verhandlungen zeigten das lebhafteste Interesse, das man den Verhandlungen des Verbandstages und seinen Beschlüssen entgegenbringt. Es fanden Wünsche unter gleichzeitiger Bedauern, daß eine Teilnahme an den Verhandlungen sich nicht ermöglichen ließ, freier Dr. v. Berlesch, Dr. jur. Freund-Berlin, Vorstandsrat Thormann-Frankfurt a. M., Reichstagsabgeordneter Stresemann-Dresden, Prof. Dr. Harms-Jena, Landgerichtsrat Kulemann-Bremen und Frau Siquart-Cauer-Berlin, für den allgemeinen Verband der Gewerks- und Wirtschafts-genossenschaftler der Anwalt derselben, Dr. Krüger-Charlottenburg, für die Gesellschaft zur Verbreitung von Volkshilfsleistungen Generaldirektor Lews-Berlin. Es fanden Glückwünsche Telegramme Dr. Eugen Hlan-Frankfurt a. M. und Salinger-Berlin. Auch von den Verbandsmitgliedern des Reiches gingen zahlreiche Telegramme, Schreiben und auch Briefkästen ein. So vom Delegiertentag des Gewerkevereins der Bildhauer, der in Potsdam tagte, dem Generalrat des Gewerkevereins der Bauhandwerker. Die Ortsverbände Stuttgart-Neopoldshausen, die Ortsverbände Stettin, Neopoldshausen, Magdeburg, Rattowitz, Piesitz, Oldenburg, Jüterbog, Heidelberg, Eberbach und Labenburg, Kiel, Döbeln, Ulm, Rannheim, Saarbrücken, Spremberg, Betschau, Dessau und Primmkau sandten Glückwünsche. Dies taten auch die Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Budau, Gelsenkirchen VII, Rattowitz-Süd, Dortmund V, Leipzig I; die Ortsvereine der Kaufleute Cottbus, Frankfurt a. M. und Stettin I; die Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter Augsburg und Umgebung und Kaiserlautern, der Tischler Lübeck und Nowawes, der Textilarbeiter Cottbus und Bad Sulza, der Schuhmacher und Lederarbeiter Weiskensfeld und Karlsruhe und der Schnelher Jena. Ebenso sandten Glückwünsche die Verbandskollegen Rath-Gera, Scheel-Ulm, Lehner-Gleiwitz, Freyer-Renscheid, Lange-Hannover, Horstlein-Leipzig, Sommer-Berlin, Gerfel-Berlin aus Bräunenberg, Jäger, Bonger, Schambach, Leithaus, Riedberg, Herberger und Frau-Galle, Müller nebst Söhnen-Hohenhausen, Harz-Jena, Müller und mehrere Kollegen-Jena, Lange-Altenburg, Klumpert-Jena, Löffler-Jena, Rind-Jena, Hüb-Gelsenkirchen und der Stammtisch der Gewerkevereiner Magdeburg-Bund. Schreiben, die von mehreren Kollegen unterzeichnet waren, gingen ein aus Oppeln, Bremen, Renscheid, Andernach, Hück, Aisch und aus dem Gensungenheim Hohenelbe bei Hohenberg.

Auch einige sehr hübsche poetische Glückwünsche schrieben erlreuten den Verbandstag. Am Dienstag vormittag 9 Uhr begannen die eigentlichen Verhandlungen. Zahlreiche offizielle Gäste waren vertreten. In Vertretung des Grafen Poldowsky erschien Herr Regierungsrat Pähler, für den Minister für Handel und Gewerbe Herr Geheimrat Reumann, für die Gesellschaft für Soziale Reform Herr Senatspräsident Geheimrat Flügge. Auch der

Berein für Sozialpolitik war durch einen Delegierten vertreten. Die Herren begrüßten den Verbandstag und sprachen sich anerkennend aus über die Bestrebungen der Gewerkevereine. Die Grüße der Berliner Stadtorbundenversammlung überbrachte der Verbandsredakteur Stadtverordneter Goldschmidt. Es sprachen noch die Abgeordneten Fuhrmann und Dr. Müller. Sogar dem Verbandstag ihre Wünsche aus. Ferner waren anwesend die Reichstagsabgeordneten Dr. Gölke, Professor Stengel u. a.; später die Herren Dr. Böckberg, Dr. Karl Hirsch, Amtsgerichtsrat Dr. Hartmann, Lehrer Doer-Wagdeburg u. a.

Verbandsredakteur Karl Goldschmidt erstattete den Tätigkeitsbericht, der den Mitgliedern des Verbandstages als besondere Drucksache vorgelegt worden war. Der Redner stellte an der Hand zahlreicher Tatsachen fest, daß der von den Deutschen Gewerkevereinen eingenommene Standpunkt richtig sei, hingegen der Klassenkampf, wie ihn die Sozialdemokratie lehre, nur Niederlagen erliefte hätte. Daß die Gewerkevereine aber auch energisch den Kampf führten, wo es zu einer Verständigung nicht kommen könne und der Kampf einen Erfolg versprache, das geht aus daraus hervor, daß die Organisation, die am Schlusse der Berichtsperiode 118 000 Mitglieder zählt, im vorigen Jahr über 700 000 Mark an Unterhaltungen bei Arbeitslosigkeit und Arbeitskämpfen ausgegeben habe.

Der Bericht fand lebhaften Beifall. Die Diskussion über den Tätigkeitsbericht war eine sehr umfassende. An derselben nahmen teil: Tröger-Berlin, Käser-Nürnberg, Erkelens-Frankfurt a. M., Ziegler-Köln, Ebel-Spremberg, Hahn-Burg, Cauer-Leipzig, Berndt-Dresden, Borath-Görlitz, Schmidt-Oberhausen, Strohsfeldt-Preslau, Hartmann-Berlin, Reger-Ulm, Weigt-Oberhainweide, Jrgang-Berlin, Balzer-Kaiserlautern, Lange-Bitterfeld, Bleicher-Augsburg und der Referent. Es wurde zur Sprache gebracht die Frage des Terrorismus der Sozialdemokraten gegen Mitglieder anderer Arbeitervereine und energisch gefordert, daß diesem Treiben mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werde. In der Tat sei die Unbilligkeit, wie sie von den Gegnern der Gewerkevereine geübt werde, eine Schmach für die gesamte Arbeiterbewegung. Die Gewerkevereine müßten selber aber auch energischer auftreten und keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, der Gewerkevereinsache zu dienen. So vor allem auch bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten, Kaufmannsgerichten und der Arbeiterversicherung. Es wurde behauptet, daß auf dem Gewerbegerichtstage der Verband unvertreten geblieben sei. Ferner wurde ein stärkerer örtlicher Zusammenhalt der Gewerkevereine gewünscht, auch in Berlin. Wenn die fast 20 000 Mitglieder Berlins sich zusammenstellten, so würden sie auch auf die Gewerbegerichtswohle einen Einfluß ausüben können. Man dürfe das Feld den Gegnern nicht ohne Kampf überlassen. Es sei richtig, daß die Grundzüge der Gewerkevereine richtig gewesen seien; damit dürfe man sich aber nicht begnügen, man müsse dahin wirken, daß nun auch die Gewerkevereine den Sieg ihrer Ideen für sich ausnutzen durch Gewinnung eines größeren Einflusses auf die Arbeiterbewegung selbst. Es müsse auch in der Presse stärker hervortreten, daß die Gewerkevereine berufen sind, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwirken. Notwendig sei, wie das auch im Bericht hervorgehoben, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht. Das müsse das Reich geben. Aber auch die Unternehmer und die Arbeiter müßten es respektieren. Es dürfe nicht geglaubt werden, daß ein Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zum Gewerkeverein entlassen werde, wie auch andererseits es scharf bekämpft werden müsse, wenn die Sozialdemokraten andersdenkende Arbeiter von der Arbeitsstelle verdrängen oder gar in den Streik eintreten, um die Entlassung von nichtsozial-

demokratischen Arbeitern zu erzwingen. Gegen diesen Terrorismus müsse mit allen erlaubten Mitteln gekämpft werden. Die Gewerkevereine hätten die Pflicht, für die Ausbreitung von Bildung und Wissen in sozialpolitischer Hinsicht Sorge zu tragen, um die Arbeiter aufzuklären. Die kleinen Gewerkevereine müßten durch die Verbandsteilung unterstützt werden. Wichtig sei die Gewinnung junger Leute. Einzelne Gewerkevereine, wie insbesondere der Verein der Deutschen Kaufleute, so konnte hervorgehoben werden, hätten gerade vorwiegend junge Mitglieder, die mit lebhaftem Eifer und auch recht erfolgreich für die Ausbreitung der Organisation wirkten. Einerlei wurde verlangt, daß eine schärfere Tonart Platz greife, weil die wohlhabenden Unternehmer doch noch leider in der Minderheit seien. Dem wurde entgegengehalten, daß gerade in heutiger Zeit, wo die Unternehmer starke Verbände gebildet und oft den kleinsten Streik mit einer Massenausperrung beantworteten, die Arbeiterbewegung mit großer Beharrlichkeit geführt werden müsse. Den Radikalismus nehme man durch den schärferen Ton doch den Wind nicht aus den Segeln. Die Gewerkevereine müßten sich gerade auf die Arbeiter stützen und sie für die Organisation gewinnen, die energisch mitarbeiten wollen an der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, aber nicht um jeden Preis die Lohnzulage einen wochenlangen Kampf führen wollten. Von der Waffe des Streiks müsse nicht bei jeder Gelegenheit, sondern nur in dringenden Fällen und dann allerdings mit voller Wucht Gebrauch gemacht werden. Heute käufte sich die Streiks so, daß es auf die Unternehmer und die Öffentlichkeit keinen besonderen Eindruck mehr mache.

Der Verband hat einen eigenen Beamten ange stellt, der die unfallverletzten Mitglieder vor dem Reichs-Versicherungsamt vertritt. An Stelle des verstorbenen Verbandssekretärs Klason wurde der Verbandssekretär Leonor Lewin mit diesem Amte betraut. Derselbe berichtete, daß seit dem Herbst 1906, wo er das Amt angetreten, bis zum 1. April d. J. 478 Unfälle mit 390 Verletzten, davon sind 390 erlitten. Ein großer Teil hatte einen günstigen Erfolg.

Die Diskussion hierüber befaßte sich mit einzelnen Vorgängen auf dem Gebiete der Unfallversicherung, wobei auch manche Klagen über das Verhalten einzelner Berufsgenossenschaften vorgebracht wurden. Für wünschenswert wurde es erklärt, daß an möglichst vielen Stellen im Reich die Gewerkevereiner Arbeitersekretariate errichteten, damit vor allem auch die Vertretung der Verletzten vor dem Schiedsgerichte ermöglicht werden könne.

Sodann begannen die Beratungen über den vom Zentralrat vorgelegten Programmwurf, in welchem die bisherigen und auch die neuen Forderungen der Gewerkevereine zusammengefaßt sind. Bezüglich des ersten Teils, welcher die Grundzüge für das Arbeitsverhältnis betrifft, referierte Hartmann-Berlin. Der Referent schlug einige Änderungen vor und empfahl in einer Resolution, daß die Gewerkevereine gehalten sein sollen, in Lohnbewegungen möglichst selbstständig vorzugehen, was immer dann unter allen Umständen gesehen müsse, wenn andere Arbeiterorganisationen nicht Toleranz üben und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkevereine anerkennen wollten. Auch die Referenten zu den anderen Fragen des Programms: Tröger-Berlin über die Forderungen der Handlungsgewerke; Grode-Kottbus zu den Fragen der Hausindustrie und Hahn-Burg und Ziegler-Köln über die Grundzüge der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse und Ebel-Spremberg und Geyer-Weiskensfeld über die zu beobachtende Stellung in öffentlichen Angelegenheiten, brachten eine Reihe von Änderungsanträgen ein. Alle diese Anträge sollen von einer Kommission durchberaten und diese dann dem Verbandstage am Freitag oder Sonnabend Bericht erstatten.

die Werte des Herrn Carlsson in Billigheit, die Niederlichen Montanwerke und die Zeiger Porzellanfabrik. Die Erhöhungen schwanken von 10 bis 20 Pfg. pro Schicht. Von den persönlich dabei interessierten Metallarbeitern wurde beflagt, daß eine Erhöhung nicht auch für die Gehaltelöhne stattgefunden habe und der Kommission empfohlen, in dieser Richtung aufs neue ihre Tätigkeit einzusetzen. Einmütig wurde aber anerkannt, daß der Weg friedlicher Verhandlung über Streitfragen bei einigem Entgegenkommen seitens der Werte weitaus besser sei, als Lohnkämpfe mit dem letzten Mittel der Arbeitseinstellung. Interessant war es zu hören, wie die Verhandler, die Kämpfer für die achtstündige Arbeitszeit, sofort nach dem Verlassen der Werte, zu den Lokalen laufen und dort arbeiten, samt wie sie vorher erlitten, sich Ruhe und Erholung zu gönnen.

§ Nürnberg. Am Sonntag, 5. Mai, fand in den Zentralkäfen eine von etwa 800 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung nürnbergischer Arbeiter statt, die vom Ortsratsleiter Arbeiter (S.-D.) und von dem sächsischen Gewerkschaftenverband einberufen war. Das Bureau der Versammlung wurde gleichmäßig aus den beiden Organisationen besetzt. Als erster Redner führte Herr Gabel vom sächsischen Gewerkschaftenverband aus, daß man zwar bei den nürnbergischen Arbeitern im Jahre 1906 eine Lohnsteigerung vorgenommen hat. Nachdem aber gerade in den letzten zwei Jahren die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten bedeutend gestiegen sind, haben sich auch die nürnbergischen Arbeiter veranlaßt gesehen, wiederholt den Magistrat um Erhöhung ihrer Löhne zu ersuchen. Daraufhin hat der Stadtmagistrat Nürnberg zwar keine Lohnsteigerung eintreten lassen, aber beschloßen, den Arbeitern einwilligen eine Zulagenzulage in der Höhe von jährlich 50 Pf. zukommen zu lassen. Diese Zulagenzulage aber ist nicht immer voll zur Auszahlung gelangt, sondern man hat alle möglichen Abzüge davon gemacht. Sogar die Krankheitszulage werden von der Zulagenzulage abgezogen. Redner führte dann das weitere aus, daß es sogar nürnbergische Arbeiter gebe, die genötigt sind, Armeunterstützung in Anspruch zu nehmen, wodurch ihnen ihr politisches Wahlrecht geraubt wird. Alles das sei aber nur auf ihre schlechte Bezahlung zurückzuführen. Nach dem mit

lebhaftem Beifall angenommenen Ausführungen ergriff unser Betriebsleiter, Kollege Gabel das Wort. In wirkungsvoller Rede schilderte er zunächst, wie die Stadt Nürnberg nach außen hin prange, aber im Innern, besonders soweit es die Arbeiter betrifft, einen Würmerhaufen gleiche. In der Schaffung von Versorgungsstellen für ihre Arbeiter war Nürnberg die erste Stadt, während Nürnberg erst die 17. Stelle eingenommen hat. Das schönste aber ist, daß die Arbeiter erst nach 10-jähriger Mitgliedschaft bezugsberechtigt sind, während in einem Teil anderer Städte die Karenzzeit bloß 5 Jahre beträgt. Ebenso sei es als höchst ungerecht zu bezeichnen, daß seine jungen Mitglieder in die Verwaltung gewählt werden können. Redner wies dann weiter darauf hin, daß in anderen Städten die Arbeiter keinen Beitrag zur Versorgungsstufe zu leisten brauchen und die gewählte Pension doch ein anderes Geschäft träge, als in Nürnberg, wo die Arbeiter eine höhere Summe erst dazu bezahlen müssen, bis sie eine jährliche Rente beanspruchen können, welche dann zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben sei. Bezüglich der kommenden Arbeitsordnung behandelte er, daß der Stadtmagistrat Nürnberg nicht einmal in zwei Jahren in der Lage war, eine solche anzuarbeiten. Redner wies ferner darauf hin, daß die nürnbergischen Schreiber und Schulpfleger der Gewerkschaften angeheilt werden, während man dies bei den Arbeitern unterläßt. Zum Schluß forderte er noch alle anwesenden Kollegen auf recht vorfristig zu sein, wenn die Arbeitsordnung erlassen wird; denn jeder binde sich durch seine Namensunterschrift für immer. Keiner Beifall wurde auch diesem Redner zuteil. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich besonders unsere Gewerkschaftskollegen Herzog, Eising und Zimmer, welche die Wünsche in unseren nürnbergischen Betrieben ebenfalls aufs schärfste tabellten und alle Kollegen aufforderten, sich zu organisieren. Denn nur dann sei es möglich, unsere Verhältnisse zu bessern. Die darauf folgenden Beschlüsse einer Eingabe nach einstimmiger Annahme. Am Schluß forderten die beiden Referenten alle Anwesenden auf, auch künftig, so weit wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen, einzig zu sein.

Johann Brandenthaler, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen. — **Gängerchor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Liederschilde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Weiner Gasse). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 26. Mai.** Maschinisten und Metallarbeiter Berlin I. Abends 8—10 Uhr, Jahlhaben der Holz, Gerichtstr. 79, und Lehmann, Brunnenstr. 119. — **Maschinisten und Metallarbeiter III.** Ab. 8—10 Uhr Jahlhaben im Vereinslokal. — **Maschinisten u. Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Gajster, Müllerstr. 40a, Aufschußung. — **Maschinisten und Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr bei Hochheimer, Silberstr. 16. L.-D. dort. — **Maschinisten und Metallarbeiter Berlin XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Berz, ausnahmsweise im Bürgergarten von Köhne, Brunnenstr. 26. L.-D.: Aufschußung resp. Ergänzungswahl. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Borath-Ebling. Allen Betriebsleitern und Ortsvereinen machen wir es zur Pflicht, für diese Versammlung zugegen zu agieren.

Orts- und Bezirksverbände.

Germe (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Eißig, Schulze-Mattler, Distriktsklub. — **Maschinen (Distriktsklub).** Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Halber, „Jägerhof“. — **Stettin.** Norddeutscher Gewerkschaftenverband. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2—10 1/2 Uhr, Distriktsabend im Lokal Engelke, Schifferstraße 9a. Gäste willkommen. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Gütlichmanns Hotel, Poststraße, Distriktsklub. — **Spanien (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Sattungen.** Sonntag, 26. Mai, nachm. 3 Uhr, im Saal beim Puppert, Allee 62, Versammlung des 19. Bezirks des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes. L.-D.: 1. Neuwahl des Aufsichtsratsmitglied. 2. Vortrag: „Die Gewerksvereine und die konfessionellen Arbeitervereine“. Referent: Thomas-Witten.

Anzeigen=Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 79. Geburtstag des Kamwals von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Anspruchsbild des Verbandswahl Dr. Max Storch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Kerzenbuch zum Gewerkschaftsgesetz von Dr. Max Storch. Preis 80 Pfg.
Wegweiser durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Storch. Preis 30 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereine 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.
Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine von Wilhelm Gleichauf. Preis für Gewerksvereine 2,40 Mk.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Schrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Gleich-Dunder) von Dr. Max Storch. Preis 1 Mark.
Vollständiges Verzeichnis von Dr. G. S. Buch. Preis 80 Pfg.
Ratgeber zu Krankheiten, Klagen und Beschwerden bei den Angelegenheiten der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Berufsberufe von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Berufliche und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
Gewerkschaften für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nach dem Stillschlagengesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerksvereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Hefen von H. Winter. Berlin und S. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Hefen von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann Burg und J. D. Raiser-Nürnberg. Gratis.
Lohnverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Hefen von Karl Burg und J. D. Raiser-Nürnberg. Gratis.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzebücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Betriebsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandsleiter Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.
Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Treffpunkt aller Gewerkschaften an den Abenden ... und an jedem Sonntag ...
Frühliche Besuche, große Restauration mit vorzüglichem Küche, vier Regalbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet.
Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, laßt zum Besuch freundlich ein Carl Berndt, Deponom.
Spandan (Ortsverband). Verpflegungstatten bei Karten, Dampfer. 4 III.
Eisenach (Ortsverb.). Karten h. Raffner Edmund Hartmann, Eisenach. 10.
Mudolstadt. Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. Ortsbeitrag beim Raffner D. S. Farwenger, Marktstraße 6.
Düsseldorf (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten freies Rechtsgeld mit Frühstück im Verbandshaus Düsseldorf. Zimmermannstr. 41. Die Karten sind beim Rolf Appel, Zimmermannstr. 41, in Empfang zu nehmen.

XVI. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine.
Freitag, den 24. Mai, nachm. 3 Uhr
Festfahrt nach Grünau
Abfahrt vom Brandenburger Ufer an der Wannenseite.
Verbandsgenossen,
welche an der Dampferfahrt teilnehmen, können Karten, gültig zur Hin- und Rückfahrt, zum Preise von 50 Pfennigen vom Verbandsleiter R. Klein, Berlin, Greifswalder Straße 221/22, gegen Einzahlung des Betrages beziehen.
Kinder unter 14 Jahren sind frei.
Das Festkomitee.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.
Verbandsgenossen!
Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierkammer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Döhner, Unergebäude.
Das Bureau des Zentralrats.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Gräbnisliste** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. — Aufnahme vom 1. bis 31. Jänner.
Besichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Eintrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortsvereine nehmen Anmeldungen entgegen.
Spendblätter und Material befindet bei Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Das Reich für diesen Zweck vom König eingeteilt wird, bestimmt der König einen Vermittler mit der Aufgabe, auf Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hinzuwirken, auch bei Streitigkeiten der Arbeiter untereinander, auch bei zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitern, soweit solche Streitigkeiten die Arbeitsverhältnisse innerhalb des Bezirks betreffen oder beeinflussen.

§ 2. Dem Vermittler liegt ob: mit besonderer Aufmerksamkeit den Arbeitsverhältnissen innerhalb des Bezirks zu folgen; in dem Maße und in der Weise, wie in diesem Gesetz vorgesehen ist, an der Beilegung von Arbeitsverhältnissen, welche innerhalb des Bezirks entstehen, mitzuwirken;

im übrigen, auf Ersuchen, den Arbeitgebern und Arbeitern mit Auskunft und Rat in Fragen, betrefsend Uebereinkommen, zur Seite zu stehen, welche das Arbeitsverhältnis betreffen und geeignet sind, das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu fördern und höherer Unterbrechung der Arbeit vorzubeugen.

§ 3. Wenn innerhalb des Bezirks eine beratende Arbeitsstättigkeit eintritt, daß dieselbe eine Arbeits-einstellung von größerem Umfange zur Folge hat oder zu haben droht, so hat der Vermittler durch seine persönlichen Bemühungen das Streikverbot zu erzwingen, oder in anderer Weise mit den Streitenden in Verbindung zu treten, sich genau zu unterrichten, worüber der Streit besteht, den Streitenden anheim zu stellen, in Erwartung einer friedlichen Lösung der Streitigkeit nicht zur Arbeits-einstellung zu schreiten, dabei zu verbleiben oder sie zu erweitern; vielmehr soll er an die Streitenden selbst oder an deren bestellte Vertreter eine Einladung erlassen, zu einem bestimmten Zeitpunkt und Ort zusammenzukommen, um mit einander vor dem Vermittler zu verhandeln und zu beschließen, während dieser Verhandlungen, welche in bestgeeigneter Weise zu führen sind, die Lösung des Streites zu bringen.

§ 4. Was im vorhergehenden Paragraphen festgesetzt ist, betrifft nicht Arbeitsverhältnisse, welche in einem Gewerkschafts-, in einer industriellen Anlage oder in einem Arbeitsunternehmen entstehen, wo eine besondere Verhandlungs-, Vergleichs- oder Schiedskommission bereits besteht, es sei denn, daß die Streitenden beiderseits die Veranziehung des Vermittlers beantragen oder die Verhältnisse es vordringen lassen, daß die besondere Kommission für die Schlichtung des Streites nicht angerufen wird.

§ 5. Sollte bei einem Streite, welcher bei dem Vermittler zur Behandlung kommt, entweder von der einen Seite oder von beiden es unterlassen werden, der von dem Vermittler schriftlich gemachten Einladung, zu einem bestimmten Zeitpunkt und Ort mit einander zur Verhandlung vor dem Vermittler oder einem Ausschuss zu erscheinen, nachzukommen, so soll der Vermittler den Streitenden schriftlich mitteilen, daß er bereit ist, auch ferner im Streite als Vermittler zu dienen, falls sein Bestand nach dieser Richtung angerufen wird. Bei Fortsetzung der Arbeits-einstellung oder falls der Vermittler es sonst für zweckmäßig findet, kann in gewissen Umständen von neuem eine Einladung bezugs Vermittlung zwischen den Streitenden in der im § 3 angegebenen Weise ergehen.

§ 6. Die Verhandlungen, welche von dem Vermittler oder dem Ausschuss mit oder zwischen den Streitenden geführt werden, sollen in erster Linie bezwecken, ein Uebereinkommen zuwege zu bringen in Uebereinstimmung mit den Anträgen und Vorschlägen, welche während der Verhandlungen von den Streitenden selbst gemacht werden; der Vermittler oder der Ausschuss ist dabei berechtigt, auf die Weise und in dem Maße, als solches eine gute Lösung des Streites zu fördern geeignet erscheint, Änderungen oder Zugeständnisse in Vorschlag zu bringen, welche für diesen Zweck passend scheinen.

§ 7. Kann auf diese Weise eine Vereinigung nicht erreicht werden, so soll der Vermittler oder der Ausschuss die Streitenden auffordern, einer Person oder mehreren, deren Gutachten die Streitenden zu befolgen sich verpflichten, den Auftrag zu erteilen, nach Prüfung, ob und inwieweit die von der einen oder anderen Seite vorgebrachten Behauptungen berechtigt sind und auf welche Weise demzufolge der vorliegende Streit am besten zu schlichten ist, zwischen den streitenden Parteien zu entscheiden.

§ 8. Wollen die streitenden Parteien ihre Sache einer solchen Entscheidung, wie im § 7 angedeutet ist, anheimstellen, so soll der Vermittler oder der Ausschuss in dem Maße, wie es für erforderlich erachtet wird, Verfahren, die Meinungs-erklärungen auszu-gleichen, welche betrefsend derjenigen Person oder Personen, denen der im genannten Paragraphen erwähnte Auftrag gegeben worden ist, entgegen stellen; ins-

besondere liegt dem Vermittler ob, im Namen der Streitenden demjenigen oder denjenigen, welche gewählt werden, Mitteilung von dem Auftrage zu machen und im übrigen mit jeder Mitwirkung an die Hand zu gehen, welche dazu beitragen kann, daß die von den Streitenden erwünschte Entscheidung zustande kommt.

Der Vermittler darf jedoch den oben erwähnten Auftrag nicht selbst übernehmen. (Schluß folgt).

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 24. Mai 1907.

Ein großes Abschiedsfest zu Ehren der Verbands-tagsgewählten findet am Sonntag nachmittag in den Räumen des Verbandslokals statt. An ein großes Instrumental- und Gesangsensemble, welches letzteres von der Gesangsabteilung des Vereins der Deutschen Kaufleute ausgeführt wird, wird sich ein Abschiedsball und Kommerz anschlüssen. Der Eintritt für die Verbands-genossen mit ihren Familien ist frei, so daß wohl mit Bestimmtheit erwartet werden darf, daß die Zahl der Festteilnehmer eine recht stattliche ist.

Der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der dieser Tage in Hamburg gegründet worden ist, hat in der „Vorwärts“-Redaktion einen Artikel ausgelassen, der eines förmlichen Begehrens nicht entbehrt. Nach dem betreffenden Artikel hat in der erwähnten Gründungsversammlung auch unser Verbands-genosse Hülse-Riel (nicht Hölle, wie es im „Vorwärts“ heißt) das Wort ergriffen. Er sprach dort nicht als Vertreter der Gewerksvereine, sondern nur in seinem Namen und warnte davor, daß sich der neue Verband in die wirtschaftlichen Kämpfe einmische. Das solle man z. B. den Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereinern überlassen, die schon seit 40 Jahren in den wirtschaftlichen Kämpfen die Grundzüge verstanden, die hier aufgestellt werden sollen. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gegründet hätten, wären sie nur den Arbeitern in den Rücken gefallen, die ernsthaft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. (Teilweiser Beifall, lauter Widerspruch.) So sei es auf den Homburger Werken in Kiel gewesen, bei Siemens-Schubert und in Magdeburg. Der neue Bund dürfe keine Streikförderorganisation werden. Kampf gegen die roten Gewerkschaften, aber freirechtliche Berufsvereine. Keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern.

Diese sachlich wohl berechtigten Ausführungen riefen in der Versammlung anhaltende Unruhe hervor und bewiesen, daß dem Verbands-genossen Hülse als Hirsch-Dunckerischer „Eindringling“ Wort entzogen wurde.

Weil es ihm gerade in den Stram paßt, geht deswegen der „Vorwärts“ geöhrt mit den Verhältnissen jener Zusammenkunft ins Gericht. Er bezeichnet sie als „gelbe Terroristen“ und als „Schritt-macher des Reichs-ligenverbandes“. In der Sache selbst können wir ausnahmsweise dem sozialdemokratischen Blatte einmal Recht geben. Gleichgültig aber eruchen wir eine gefällige Beantwortung der Frage: Wird der „Vorwärts“ auch nun so konsequent oder sagen wir einmal ehrlich sein, daß er aufhört die Gewerksvereine mit den von uns entworfenen bekämpften „gelben“ Gewerkschaften in einen Topf zu werfen? Hoffen wir, liebe Leser!?

Die Jahresabrechnung des Gewerksvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter für 1906, die in dieser Woche zur Veröffentlichung kam, gibt ein Spiegelbild von dem Leben und Treiben in den Ortsvereinen. Vereinnahmt wurden: Eintrittsgelder 368,50 Mk., Wochenbeiträge 48.254,30 Mk., Zinsen 121,00 Mk., Einnahmen 99.776 Mk. Die hauptsächlichsten Ausgaben ergaben:

Bildungswesen, Vorträge und Jagdunterricht	872,39 Mk.
Rechtschutz	873,25
Reisenunterstützung an ledige Mitglieder	1.286,58
Umsatzbeiträge an verheiratete Mitglieder	1.612,98
Arbeitslosenunterstützung	9.001,60
An Streitende und Ausgeperrte	10.677,29
Kostlagenunterstützung und Beitragsbedeutung	895,04

Insgesamt 23.423,40 Mk. für Unterstützungen. Das Gewerksvereinsvermögen betrug am Jahresabschluss 21.316,13 Mk., die Mitgliederzahl 5352.

Die Kranken-Unterstützungsstelle, die als ein geschriebenes Hilfsamt unter behördlicher Aufsicht steht, wird vom Gewerksverein getrennt verwaltet. Diese Einrichtung kostete im Jahre 1906 121 Mk., Wochenbeiträge 86.014,51 Mk., Zinsen 3500 Mk., Einnahmen 221 Mk. Der Zweck dieser Unterstützungen war:

Arbeitslosenunterstützung an Gewerksmäßige	4.202,50 Mk.
Waisen- und Orphanen	519,25
Krankenunterstützung an Arbeitsunfähige	63.994,96
Einzelgehälter	4.725,-

Am Jahresabschluss waren vorhanden: Betriebskapital 10.419,13 Mk., Reservekapital 104.617,50 Mk., insgesamt 115.036,63 Mk. Von den männlichen Mitgliedern erkrankten 1583, die für 36.224 Arbeitstage Unterstützung bezogen. Von den weiblichen Mitgliedern erkrankten 112, die für 3280 Arbeitstage Unterstützung erhielten. Im Durchschnitt kostete jeder arbeitsunfähige Krankheitsfall 39 Mk. Verstorben sind 44 männliche und 2 weibliche Mitglieder. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Sterbefall 103 Mk.

Der „Lederarbeiter“ veröffentlicht in Ergänzung des Jahresberichts noch eine Uebersicht der größeren Ausgaben im Gewerksverein und der Krankenkasse des Gewerksvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter bis 31. Dezember 1906. Hiernach sind ausgegeben:

Bildungswesen und Jagdunterricht	15.930 Mk.
Rechtschutz und Prozesse	14.096
Reisenunterstützung	24.383
Umsatzbeiträge bei Wohnungswechsel	18.798
An Streiklosenunterstützung	84.247
An Streitende und Ausgeperrte	87.100
Sonstige Unterstützungen, Kostlagen	16.720
Krankenunterstützung	1.510.106
Begräbnisgelder für Sterbefälle	78.130

Insgesamt 1.849.510 Mk. Stand des Betriebs- und Reservekapitals: 136.552 Mk.

Das sind interessante Zahlen, die deutlich zeigen, daß auch der Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter als Arbeiterorganisation hohe Aufgaben in segensreicher Weise erfüllt.

Arbeiterbewegung. In Krefeld ist es den Samtwebern gelungen, durch eine Lohnbewegung eine wesentliche Erhöhung ihrer Löhne zu erzielen. In Krefeld besteht seit dem Streik im Jahre 1899 eine hänbige Kommission, in der alle Organisationen vertreten sind. Mit Rücksicht auf die Teuerung der Lebensmittel und die Höhe der Einkommensteuer verlangte diese Kommission von den Unternehmern eine 15-prozentige Lohnerhöhung. Wenn es auch nicht gelang, diese Forderung durchzusetzen, so wurden doch 4, 6 und 8 pEt. bewilligt. So ist durch das einmütige Vorgehen der Organisationen ohne Kampf ein wesentlicher Vorteil erzielt worden. — Die Aus-sperrung im Berliner Baugewerbe hat am Mittwoch ihren Anfang genommen. Die Zahl der Ausgesperrten belief sich am ersten Tage auf insgesamt 10.000 Arbeiter. Viele Unterbetriebe haben bereits Berlin verlassen. — In Dresden ist jetzt nun in der Holzindustrie endlich auch der Friede eingetruhen zu wollen. Die dortigen Arbeitgeber haben ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben, so daß die Aufnahme der Arbeit in allen Betrieben unmittelbar bevorstehen dürfte. — Die Maurer in Chemnitz haben am Donnerstag allgemein die Arbeit niedergelegt. — In Hamburg-Altona hat eine Versammlung der organisierten Seeleute beschlossen, sofort in den Streik einzutreten. Die Streitenden fordern die einheitliche Regelung der Kreuzer- und Fregatensystem des Ueberflutenswesens, ferner eine Regelung der Kündigungskrisen, des Ueberflutenswesens, des Wachsystems und des Ankerungswesens. Ferner wird eine Instanz verlangt, bei der Klagen über die Behandlung und Beförderung der Redern selbst vorgetragen werden kann. — Wegen Ablehnung einer Lohnerhöhung sind im Böhmerland auf Spitz die Arbeiter in den Ausstand getreten. — In einer Zigarrenfabrik in Bünde i. Westf. haben etwa 100 Tabakarbeiter wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung die Kündigung eingereicht. Daraufhin hat der Fabrikantverein beschlossen, für den Fall des Streiks in diesem einen Betriebe sämtliche Arbeiter der Hamburger, Bremer und gesamten westfälischen Zigarrenfabriken auszulassen.

In Wien haben die Treibriemensattler wegen Ablehnung ihrer Forderungen die Arbeit eingestellt. — Der Streik der Bergarbeiter in den Randbinnern von Transvaal hat eine weitere Ausdehnung gewonnen und erstreckt sich bereits auf nahezu 40 Gruben.

Gewerksvereinsfolge. In den Südschlesischen Hüttenwerken zu Gleiwitz, Oberschlesien, Abteilung Balzow, haben die Gewerksvereinsmitglieder unter der Leitung des Bezirksbeamten, Kollegen Geyers, schöne Erfolge erzielt. Eine Arbeiterkommission, bestehend aus Gewerksvereinsmitgliedern, behält vorstellig und legt der Direktion den Entwurf zu einer Reihe von Forderungen vor, dem nach längeren Verhandlungen nachstehender Erfolg beizulegen war:

1. 15 pEt. Lohnerhöhung für Betriebsarbeiter an alle Balzowarbeiter.
2. Erhöhung des Lohnes für Reparaturarbeiten um 50 pEt. pro Schicht.
3. Gezielte Ausgabe der Betriebs- und Reparaturarbeiten auf den Lohnbezug.
4. Einführung einer regelmäßigen Mittagpause an der sein- und Mittelnachmittag, für die Tag- und Nachtschicht. (Bisher nur 10 Minuten.)
5. Ausdehnung der Altersrente für sämtliche Arbeiter.

Es wurden bewilligt:

1. 15 pEt. Lohnerhöhung für Betriebsarbeiter an alle Balzowarbeiter.	1.500.000
2. Erhöhung des Lohnes für Reparaturarbeiten um 50 pEt. pro Schicht.	1.000.000
3. Gezielte Ausgabe der Betriebs- und Reparaturarbeiten auf den Lohnbezug.	1.000.000
4. Einführung einer regelmäßigen Mittagpause an der sein- und Mittelnachmittag, für die Tag- und Nachtschicht. (Bisher nur 10 Minuten.)	1.000.000
5. Ausdehnung der Altersrente für sämtliche Arbeiter.	1.000.000

Es wurden bewilligt:

1. 15 pEt. Lohnerhöhung für Betriebsarbeiter an alle Balzowarbeiter.	1.500.000
2. Erhöhung des Lohnes für Reparaturarbeiten um 50 pEt. pro Schicht.	1.000.000
3. Gezielte Ausgabe der Betriebs- und Reparaturarbeiten auf den Lohnbezug.	1.000.000
4. Einführung einer regelmäßigen Mittagpause an der sein- und Mittelnachmittag, für die Tag- und Nachtschicht. (Bisher nur 10 Minuten.)	1.000.000
5. Ausdehnung der Altersrente für sämtliche Arbeiter.	1.000.000

Die Referate über den Programmwurf brachten manderlei interessante Schilderungen. Referent Heger, Rön, der über die Grundsätze für die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse sprach, erörterte u. a. auch die Arbeit in den Straßen, anstalten und ihre Konkurrenz gegen die freie Arbeit. Der Redner forderte ferner die obligatorische Einführung von Fortbildungsschulen für alle der Gewerbeordnung unterstehenden jugendlichen Personen. Gewerbegerichte müßten an allen industriellen und gewerblich regen Orten, auch wenn sie nicht 20 000 Einwohner hätten, eingeführt werden. Soweit es sich um Betriebe handle, die als Konkurrenzbetriebe gegenüber der Privatindustrie durch den Staat oder die Gemeinden unterhalten werden, müssen die Arbeiter dieser Betriebe das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten haben. Zweckmäßig sei auch die Errichtung eines Reichsgewerbegerichts, an das einmalige Berufungen zu richten wären. Für die Schiedsgerichte und Einigungsämter sollte man vor allem die guten Erfahrungen in England nützlich machen. Wie notwendig die Förderung nach einem freien Vereins- und Versammlungsrecht sei, das gebe auch hervor aus einer Bescheinigung, die ein Bürgermeister über die erfolgte Anmeldung einer Versammlung erteilt habe. Die Bescheinigung hat folgenden lustigen Wortlaut, den wir mit Fortlassung der Namen buchstabengetreu wiedergeben möchten:

Dem Gewerbeverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter wird eine Versammlung auf heute Abend, den 2. Juli, laut § 1 des Statuts genehmigt. Die Versammlung soll bei Gastwirt ... erfolgen. Als Leiter der Versammlung hat sich ... vorgefellt.

Sozialdemokratische Tendenzen sind meinerseits streng verboten.

Der Bürgermeister.

Es handelt hier um den klugen Bürgermeister eines Ortes in Hessen-Kassau. Es würde gut sein, so meinte der Redner, Bürgermeister dieser Art in eine Fortbildungsschule zu schicken, damit sie dort wenigstens das Allernotwendigste im Wissen für die Ausübung ihres Amtes lernten. Von Interesse war auch der Hinweis des Redners über die massenhafte Einwanderung ausländischer Arbeiter in das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Diese Arbeiter drückten den Lohn herab. Im Bezirk Essen würden heute folgende Sprachen gesprochen: polnisch, litauisch, polnisch, litauisch, ungarisch, slowenisch, wallonisch, englisch, ungarisch, slowenisch, französisch, wälsch, russisch, italienisch, griechisch, dänisch, finnisch, rumänisch, schwedisch, spanisch, holländisch, bulgarisch, japanisch, kroatisch, norwegisch, serbisch und türkisch.

Die Verteilung dieser babilonischen Sprachenvielfalt erregte auf dem Verbandstage große Heiterkeit.

Der zweite Referent, Stadtverordneter Vahnbarg, ergänzte die Ausführungen des ersten Redners in sehr wichtiger Weise. Hierbei erörterte er insbesondere die in Betracht kommenden Fragen der Fabrikarbeiter und der Landarbeiter und forderte für letztere auch das Koalitionsrecht.

Ueber die Grundsätze für öffentliche Angelegenheiten hielt Ebel-Spremborg ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat. Für den Verkehr der Väter untereinander sei eine verständliche Handelsvertragspolitik dringend notwendig. Die Lebensmittel dürften nicht künstlich verteuert werden. Eine Reform der Steuergebung, insbesondere durch Einführung einer progressiven Reichseinkommen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer sei dringend zu verlangen. Grundsätzliche Reform sei auf dem Gebiete des Wahlrechts in den Einzelstaaten und in den Gemeinden notwendig. Der Staat müsse seine Betriebe zu Musteranstalten entwickeln. Dank und Anerkennung verdienen der verstorbenen Verbandsanwalt Dr. Max Heich und der Verbandsredakteur Karl Goldschmidt, die im Abgeordnetenhaus sehr wirksam und entschieden eingetreten seien für die Arbeiter und unteren Angestellten der Staatsbetriebe und für die Bergarbeiter, Bauarbeiter und Landarbeiter. Der Verbandstag gab durch lebhaftes Zustimmung diesem Dankeswortum noch besonderen Nachdruck. Der Redner erörterte dann weiter die Stellung der Gewerbetreibenden zu den anderen wirtschaftlichen und öffentlichen Fragen und forderte, daß die deutschen Arbeiter sich betätigen möchten auf dem Boden des deutschen Volkes und Vaterlandes als wahrhaft deutschgefinnte Männer. Die Gewerbevereine müssten ihre Neutralität aufrecht erhalten, die Mitglieder aber sollten auch ihre Staatsbürgerpflichten gewissenhaft erfüllen durch Beteiligung an den Wahlen und dadurch, daß sie in den vorkommenden Parteien die Forderungen der Gewerbevereine zum Besten der Arbeiter energisch zur Geltung bringen.

Verbandsratsabg. Stadtverordneter Geyer-Weissenfels a. S. erörterte die Stellung der Gewerbevereine bei den kommunalen Wahlen. Wenn die Gewerbevereine sich hierbei betätigten, so kämen sie auch in den Gewerkschaften zur Geltung. Den Gewerbevereinen von Weissenfels sei es bereits gelungen, zwei

der übrigen in die Stadtverordneten-Versammlung zu entsenden und sie hoffen auch noch mehr Mitglieder zur Stadtverordneten-Versammlung durchzubringen.

In einer geschlossenen Sitzung wurden taktische und personelle Fragen behandelt. Einmütig fand eine von Tröger-Berlin beantragte Resolution Annahme, die den Verbandsbeamten die Anerkennung ausdrückt, daß sie ihre Schuldigkeit getan, und die Erwartung ausdrückt, daß sie mit verstärktem Eifer für die weitere Ausbreitung der Gewerbevereine wirken.

In der heute fortgesetzten Beratung referierte Grise-Rattow über die Mängel in den Pensionskassen der großen Werke Oberschlesiens. Es sei dringend zu fordern, daß diese Kassen einen gegenseitigen Vertrag machten, damit nicht durch die Entlassung dem Arbeiter seine Rechte an die Pension verloren gingen. Dringend zu verlangen sei auch, daß Abf. 5 des § 23 des Einkommensteuergesetzes befestigt werde, der vorläufig leider durch eine neue Novelle noch weiter gestiftet worden sei. Es werde notwendig sein, daß man Einkommen bis zu 1200 Mk. steuerfrei lasse. Die Lebenskosten hätten sich inzwischen so erheblich verteuert, daß die Maximalgrenze von 900 Mk. zu niedrig gehalten sei. In der Debatte wurde die Frage der Wohlfahrtsvereine großer Werke besprochen, die zum Teil nicht im Interesse der Arbeiter, sondern allein der Werkbesitzer gelegen seien. Von Wohlfahrtsvereinen dieser Art könne man von einer Wohlfahrtsplage sprechen. Der Zentralrat wurde beauftragt, hierzu Petitionen, insbesondere bezüglich der Wahrung der Rechte von Mitgliedern solcher Betriebspensionskassen im Falle der Entlassung an das Parlament zu senden. Auch bezüglich des § 23 soll petitioniert werden.

Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich mit dem Verbandsbudget. Verbandskassierer Klein schilderte die Verbandsfinanzen und empfahl den Antrag des Zentralrats, die Beiträge der Gewerbevereine zu den Kosten des Verbandes von 8 auf 6 Pfg. pro Mitglied und Vierteljahr herabzusetzen. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag an eine Kommission verwiesen.

Am Donnerstag nachmittag begannen die Verhandlungen über das Verbandsorgan.

Ein Musterinstitut des sozialdemokratischen Zukunftsstaats.

Ein ehemaliger „Genosse“ und Beamter der Chemnitzer Ortskrankenkasse, eine der drei größten Deutschlands, die vollständig unter sozialdemokratischer Herrschaft steht, erzählt in einer lobenden erschienenen Schrift, wie er von der Sozialdemokratie gründlich bekehrt worden ist. Das 32 Seiten umfassende Schriftchen enthält allerdings mancherlei Beweise dafür, daß die sozialdemokratische Leitung der Kasse kein Musterinstitut zu schaffen vermochte. Der Verfasser stellt zunächst fest, daß sämtliche Vorkandamitglieder der Kasse, auch soweit sie sogenannte Arbeitgeber sind, der Sozialdemokratie angehören. Bei der Reichstagswahl sind die abkömmlichen Beamten der Kasse sozialdemokratische Agitatoren. Mehrere von uns bilden tagelang, einer sogar wochenlang vom Kassendienst fern: sie empfangen aber trotzdem ihr volles Gehalt für diese Zeit und außerdem eine Auslösung aus der sozialdemokratischen Parteikasse.

Stellungslose Parteimitglieder bekommen einen Posten in der Ortskrankenkasse. Ein der sozialdemokratischen Partei angehöriges hervorragendes Mitglied, welches erst einige Tage in der Ortskrankenkasse tätig war, wurde vom Vorstand der Ortskrankenkasse als Delegierter zum sozialdemokratischen Parteitag nach Mannheim beurlaubt — auf 10 Tage — und erhielt dafür außer seiner Auslösung von seiten der Partei, auch sein volles Gehalt für diese Zeit.

Von sich selbst sagt der Verfasser: „Seit Jahren ein eifriger Genosse, stand ich bei jeder Gelegenheit mitten in der Agitation und Organisation; dadurch hatte ich nur zu oft Gelegenheit, hinter die Kulissen sehen zu können, die vielen Mißstände und Unregelmäßigkeiten, vor allen Dingen aber auch den Terrorismus kennen zu lernen, wie er in dieser Partei und deren Instituten ausgeübt wird.“

Dann erzählt er seine Fragestellung, weil man ihn grundlos verdächtigt hatte, in einem bürgerlichen Blatt einen Artikel veröffentlicht zu haben über „Die Politik der hiesigen Ortskrankenkasse im Lichte der Statistik“.

Der Vorsitzende der Kasse, der „Arbeitgeber“-Hauschild, lasse sich sein Ehrenamt nicht nur mit 750 Mk. jährlich bezahlen, im Jahre 1905 sei ihm auch noch eine Ertragsabgütung von 300 Mk. bezahlt worden. Einmal habe der Kassenvorstand unter sich eine „Studienkommission“ gewählt zur Befestigung unwidriger Krankennamenslisten. Reisegeld und Diäten seien auch dafür gezahlt worden, nach Aussage des früheren Bevollmächtigten sei diese

*) Ein Musterinstitut des sozialdemokratischen Zukunftsstaats oder wie es in der gemeinsamen Ortskrankenkasse zu Chemnitz hieß. Von Konrad Schaefer, Chemnitz, August 1905. Preis 30 Pfg.

„Studienreise“ aber niemals ausgeführt worden. Die Berichte über die Reise seien fingiert „auf dem Palt des früheren Bevollmächtigten niedergeschrieben worden.“

Um 10 000 Mk. bereichert sich die Kasse dadurch jährlich, daß sie entgegen den gesetzlichen Bestimmungen auch den Wächern während des Wochenbetts Beiträge abnehme.

Eine ärztlich verschriebene zweite Brille werde laut ausdrückerlichem Beschluß nur dann geliefert, wenn der Patient das Gebeh lenne und sich darauf berufe oder „wenn er Kadav mache“.

Die Bezahlung der Krankenpatienten ist eine politische, obgleich auch dies gegen das Gesetz ist. Und wie war diese Behandlung?

„Auf Veranlassung der königlichen Kreis-Kommission mußte die Gemeinsame Ortskrankenkasse zu Chemnitz vor einiger Zeit eine Statistik über die Frequenz der Poliklinik einreichen.“

Diese Statistik ergab pro Arzt im Durchschnitt 23 Konsultationen.

Zu dieser Zahl kam man, indem die Arbeitsstunden der Klinikärzte in die Zahl der monatlichen Gesamt-Konsultationen dividiert wurden.

In Wirklichkeit verhält es sich aber ganz anders. Nach Ansicht eines jeden Laien, aber auch der Ärzte ist die Behandlung von 23 Personen in einer Stunde durch einen Arzt schon die Grenze des Möglichen, wenn derselbe unter Anspannung seiner ganzen Kraft die Patienten noch einigermaßen gewissenhaft behandeln will.

Wie es aber möglich ist, daß von Ärzten in einer Stunde 30, 40 und noch mehr Personen abgefertigt werden konnten, das vermag kein Kenner oder Vork zu fassen. Und doch sind auch noch diese Zahlen überschritten worden.

Es behandelten in der Poliklinik z. B. der Arzt Nr. 1 in 2 1/2 Stunden 96 Personen, der Arzt Nr. 2 in 2 1/4 Stunden 78 Personen, der Arzt Nr. 3 in 1 Stunde 52 Personen.

Bei letzterem Resultat kommt also auf jede Person nicht einmal ein Zeitraum von „zwei“ Minuten.“

Um in möglichst kurzer Zeit tunlichst viel Patienten abzufertigen, machten es einige Poliklinik-Ärzte folgendermaßen:

„Es wurde die Tür zum Konsultationszimmer weit geöffnet, und nun rief man etwa 4 bis 8 Personen hinein. Dann wurden sie vom Arzt gefragt: „Was fehlt Ihnen, was fehlt Ihnen?“ usw. Man mußte sich in Gegenwart von den anderen ausziehen, ihre Gebrechen und Schäden fremden Augen und Ohren kundtun.“

Nicht wenige Mitglieder der Kasse möchten sich den Arzt selber wählen, lassen sich aber meistens durch das schroffe Auftreten der Kassenebeamten einschüchtern und fügen sich mit Widerwillen der Poliklinik-Behandlung, da ihnen der Mut zum Widerspruch fehlt und sie Angst vor Scherereien haben.

Wie manches junge Mädchen geht schon infolge seiner Schüchternheit sowieso ungenutzten zum Arzt, und muß nun hier in der Poliklinik womöglich noch vor fremden, unbrüderlichen Ohren seine Leiden erzählen.

Kann es einem da wundernehmen, wenn man im Kassengebäude so oft „weinende Frauen und schimpfende Männer“ antrifft?

Das sind so einige Proben aus der Schrift, die in der Tat beweisen, daß die sozialdemokratische Verwaltung aus der großen Chemnitzer Ortskrankenkasse ein „Musterinstitut“ gemacht hat, dessen Nachahmung niemand wünschen wird, der als Arbeiter irgendwelche auf die Kassenebehandlung angewiesen ist. K. G.

Ein neues Gesetz betreffend die Vermittlung bei Arbeitsfreistellungen.

In Schweden ist am 31. Dezember 1906 ein neues Gesetz über die Vermittlung bei Arbeitsfreistellungen publiziert worden. Das Reichs-Arbeitsblatt veröffentlicht den Wortlaut des Gesetzes, den wir unseren Lesern mitteilen möchten, weil auch in Deutschland die gesetzliche Regelung des Einigungswesens immer dringender erscheint.

1. Das schwedische Gesetz betreffend Vermittlung bei Arbeitsfreistellungen, in welche

§ 1. Für einen jeden der Distrikte,*) in welche

*) Durch königlichen Erlass vom 31. Dezember 1906 an das Regeringskollegium ist das Reich zu dem vorbestimmten Zweck in 7 Distrikte eingeteilt worden:

1. Die Nalärprovinzen, umfassend die Bezirke Stadt Stockholm, Stockholm, Upsala, Södermanland, Västmanland und Götaland;
2. der östliche Distrikt, umfassend die Bezirke Westergötland, Jönköping, Kronoberg, Kalmar und Blekinge;
3. der südlliche Distrikt, umfassend die Bezirke Kristianstad und Malmöhus;
4. der westliche Distrikt, umfassend die Bezirke Halland, Göteborg und Bohus nach Westergötland und Skaraborg;
5. der mittlere Distrikt, umfassend die Bezirke Westmanland, Örebro und Kopparberg;
6. der nördliche Distrikt, umfassend die Bezirke Gästrikland und Västerbottenland;
7. der ober-nördliche Distrikt, umfassend die Bezirke Jämtland, Härjedalen und Norrbotten.

- 6. Schluß der Sonnabendfeier um 4 Uhr Sonntagmorgen. (Eine Verkürzung um 2 Stunden.)
- 7. Errichtung eines Pabeshauses für das Balzweil.
- 8. Vereinfachung von anderem Abfahlowasser für das Balzweil, da das jetzige unanßer und gefunbheitschädlich ist.
- 9. Anschaffung genügender Garderobenschränke.
- 10. Ein Arbeiterausfchuß bestehend aus 6 Gewerksvereinskollegen für das Balzweil.

Der „Regulator“ schreibt dazu: Es sind das zum Teil Forderungen, die, wie die Punkte 7—8, schon längst durch die Balzmeister selbst hätten angestrebt werden müssen, da doch diese Leute den ganzen Tag im Betriebe dabei sind. Aber gerade die Balzmeister sind es ja, die aus Unverständnis dem Drängen der Arbeiter, noch möglichst gesundheitslichen Zuständen im Betriebe, Hindernisse entgegenstellen. Den Kollegen unseres Gewerksvereins kann nicht dringend genug empfohlen werden, fest hinter ihren Beamten zu stehen, volles Vertrauen zu ihnen zu haben, denn sie sind ja am besten in der Lage übersehen zu können, was jetzt durchführbar ist.

Derartige Forderungen, ohne Kampf erreicht zu haben, garantieren ein zufriedenes Zusammenarbeiten weit mehr, als wenn erst durch Arbeitsentstellung alle Leidenschaften aufgewühlt werden; außerdem beweist eine Verksleistung durch verständiges Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter mehr soziales Verständnis, dient dem sozialen Frieden weit mehr als jene Scharfmacher, die da glauben, der Autorität gegenüber Forderungen der Arbeiter schlanthweg ablehnen zu müssen.

Von einer recht eigenartigen Berufsorganisation weiß in ihrer letzten Nummer die „Soziale Praxis“ zu berichten. Durch die Stichspolttik der Regierung ist die französische Gewerkschaft in manchen Teilen in arge Verdrängnis geraten. Um nun die zumungunsten völlig veränderte wirtschaftliche Lage seiner Standesgenossen wieder zu heben, hat der Pfarrer eines armen Pariser Sprengels Statuten für eine Berufsvereinigung ausgearbeitet und der Polizei eingereicht. Zweck der Organisation soll sein die Beschäftigung mit den Interessen der Mitglieder und ihre Verteidigung. Entstanden ist sie dadurch, daß die Einnahmen der Geistlichen sich vermindert haben und infolgedessen auch ihre Ausgaben verringert werden mußten. Eine Anzahl Geistlicher schloß sich deshalb zu gemeinsamen Einkünften zusammen und erreichte dabei eine nicht unerhebliche Ersparnis. Dieser Erfolg spornte zu weiteren Versuchen an. Der regelmäßige Betrieb dieser Einkünfte bedingte aber wiederum

einen regelrechten Mittelpunkt, der das Recht der juristischen Person besaß. Um dies Ziel zu erreichen, fügten sich die Geistlichen auf das Geheiß über die Gewerkschaften.

Wenn man schon in diesen Kreisen erkennt, daß nur auf dem Wege der beruflichen Vereinigung eine Besserung der sozialen Verhältnisse möglich ist, erscheint es geradezu unbegreiflich, daß die übergroße Mehrzahl der Arbeiter noch immer der Organisation fernbleibt. Der einzige Trost, den jenes neuartige wirtschaftliche Gebilde bietet, besteht darin, daß es endlich auch einmal in den Köpfen dieser bis jetzt noch indifferenter Arbeitermassen zu dämmern beginnt.

Im Reichsamt des Innern wird jetzt, nachdem der Reichstag sich bis zum Herbst vertagt hat, noch mehr als schon vorher an dem Ausbau der Arbeiterversicherung gearbeitet. Es kommen dabei, wie die „Post“ erzählt, namentlich die Vereinheitlichung der Versicherungsgefeßgebung und die Witwen- und Waisenversicherung in Frage. Was die letztere betrifft, so ist ja bekanntlich durch das Zolltarifgesetz der Beginn des Jahres 1910 als der späteste Zeitpunkt ihrer Einführung festgesetzt. Die Vorbereitungen für das Inkrafttreten dieses neuen Versicherungszweiges sind schon seit längerer Zeit im Gange. Zunächst waren die Einzelregierungen zu Gutachten über Grundzüge aufgefordert worden. Das eingegangene Material wurde im Reichsamt des Innern zusammengestellt und ist dann bearbeitet worden. Man wird „bemüht“ wohl soweit sein, den förmlichen Entwurf für das entsprechende Gesetz aufzustellen. Ferner ist die Verwaltung des Hinterbliebenenversicherungsfonds geregelt. Bekanntlich ist sie an die Verwaltung des Invalidenfonds angegliedert. Da die landwirtschaftlichen Bölle, durch deren Mehrerträge die Fonds aufgefüllt werden soll, im Jahre 1906 wenig eingebracht haben, so wird die neue Verwaltung allerdings vorläufig noch mit recht winzigen Beiträgen zu rechnen haben. Jedoch dürfte das Finanzjahr 1907 ein anderes, für den Fonds besseres Ergebnis liefern. Jedenfalls werden die Vorbereitungen für die Einführung der Hinterbliebenenversicherung so gefördert, daß die Einhaltung der im Zolltarif bestimmten Frist „als ganz sicher“ anzusehen ist.

Die Vereinheitlichung der Versicherungsgefeßgebung wird sich insofern an den neuen Versicherungszweig anschließen, als die Bestimmungen über den letzteren gleich auf der einheitlichen Grund-

lage aufgebaut werden. Früher nahm man vielfach an, daß es sich bei diesem Gesetzgebungskakt um die Vereinheitlichung der Organisation der verschiedenen Versicherungszweige handeln würde. Graf Poldowsky hat im letzten Reichstagsstagnungsabschnitte Gelegenheit genommen, diese Anschauung als irrig zu bezeichnen. Es wird sich also nicht etwa um eine Verschmelzung der Träger der Invaliden- mit denen der Krankenversicherung oder gar beider mit denen der Unfallversicherung handeln. Sowohl die Krankenlaffen, wie die Berufsgenossenschaften, wie schließlich die Invalidenversicherungsanstalten sollen bestehen bleiben. Der neue Gesetzgebungskakt wird sich auf die „Vereinheitlichung der Rechtsbestimmungen“ beziehen, die Organisations bleiben unangeführt. Wenn in die legislative Behandlung beider Arbeiterversicherungszweige eingetreten werden wird, ist noch nicht abzusehen. Der nächste Tagungsabschnitt des Reichstages wird wieder mit Gesetzgebungsmaterial stark belastet sein. Auch hierauf wird natürlich bei der weiteren Behandlung dieser Materien Rücksicht genommen werden.

Verbands-Zeil.

Berlin. Versammlungen.
 Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshause der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstraße 221/222. Bitte willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Leitungshaus im Verbandshause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Bitte herzlich willkommen. — **Sonabend, 25. Mai.** Fabrik- und Handarbeiter L. Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Ruffen-Ufer 51 bei Ballruff.

Ost- und Westfalenverbände.
 Herne (Ostverb.). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Will. Schultze-Kattler, Diskutterstunde. — **Wachen (Westfalenverb.).** Jeden Sonntag 9 Uhr Sitzung bei Ballruff, „Jägerhof“. — **Stettin. Norddeutscher Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2—10 1/2 Uhr, Diskutterabend im Lokal Engelle, Schiffstraße 9a. Bitte willkommen. — **Hamburg (Ostverb.).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstraße, Diskutterstunde. — **Spandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine, G.-V.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Bitte willkommen. — **Oberhausen und Umgegend (Ostverb.).** Sonntag, 26. Mai, vorm. 10 Uhr, Ausfchuhung. 11 Uhr kombinierte Ostverbands-Versammlung in Obermarzisch bei Wirt Hühner.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Sonntag, den 26. Mai d. J.,
 nachmittags 4 Uhr,
 in den Räumen des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/222,
Großes Abschiedsfeft
 (Kommers und Ball)
Sings- und Instrumentalkonzert
 unter Mitwirkung der Singsabteilung des Vereins der Deutschen Hausfrauen und der Hauskapelle.
 Eintritt frei.
 Gewerksvereinskollegen und Kolleginnen, sowie Freunde unserer Sache sind freundlichst eingeladen.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine
 Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/222.
 Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtige Festsäle, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelder. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ostvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, ladet zum Besuch freundlichst ein
 Carl Berndt, Deonom.

Eisenach u. Umgegend (Ostverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. beim Kaiserer Edmund Hartmann, Eisenach, Bismarckstraße 10.
Hamburg (Ostverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung beim Verbandskassierer E. Sellmann, Großer Bäckergang 11, Hans 5 pt.
Stettin (Ostverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Begleitkarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil Schmitz, Stettin, Bollwerk 22 im Laden.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen u. a. schönsten und billigsten bei
 Th. Kerkop, Oppola.
 Hohenmölsen u. Umgegend. (Ostverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ostverbandskassierer Friedrich Kohn, Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen Klempnermeister Schreiber, Bismarckstraße.
 Offen (Wstverb.). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Beschäftigungskarten im Gewerksvereinsbureau, Post-Allee 16.

Danzig (Ostverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Bismarckmarkt 10, Beschäftigungskarten.
Jauer (Ostverb.). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen F. Koblitz, Hospitalplatz 6.
Lehe (Ostverb.). Das Ostverbandsgefesamt ladet der Wanderkassierer Laube, Beiligerstr. 94, ant.
Jena. (Ostverb.). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Drielaugasse.
Menzfeld (Ostverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. bei August Kerner, Friedrichstraße 86.
Chemnitz. Der Arbeitsnachweis sowie die Ausgabe des Ostverbandsgefesamts befindet sich bei Ernst Lörpe, Bogenerstr. 17, mittags von 12—1, abends von 7—9 Uhr.

Seben erschienen. **Seben erschienen.**
 Den Kollegen zur Anschaffung empfohlen:
„Die Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine“
 von Wilhelm Gleichauf,
 800 Seiten, gebunden zum Verkaufspreis von 3,40 M. pro Exemplar. Zu beziehen durch das Verbandsbureau, Beschäftigungen und Geldleistungen an Verbandskassierer R. Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/222.

Der Gewerkverein
 Jahrgang 1906
 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
 Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/222.
 Auftragsbestellungen nur an Verbandskassierer
R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/222.

Wohnheim i. Sachsen. (Ostverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. Unterstützung 5. Kassierer Karl Bachmann, Koffenerstraße 41 I, Mittags 12—1, abends 6—8 Uhr.
Wismar in Westfalen (Ostverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 M. Unterstützung beim Verbandskassierer Carl Bapert in Hamm, Langstraße 62.

Beantworter der Redaktionen: Carl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222. — Druck und Verlag: Seebode & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110.